

EU-Rundfunkpolitik

Rundfunkgebühren sind anzuerkennen

Der DJV-Verbandstag 2005 in Weimar beauftragte auf Antrag des Fachausschusses Rundfunk den DJV-Bundesvorstand, „bei der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament nachdrücklich darauf hinzuwirken, bei ihren Maßnahmen im Bereich der europäischen Medienpolitik sicherzustellen, dass sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk in einer dualen Rundfunkordnung auf der Grundlage des Protokolls zum Amsterdamer Vertrag in allen Mitgliedstaaten Europas und entsprechend seinem Auftrag weiterentwickeln kann. Dazu gehört vor allem eine unabhängige Finanzausstattung der Sender.

Die Europäische Kommission wird daher insbesondere aufgefordert, die seit langem in Deutschland bestehende Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Sender durch die Rundfunkgebühr anzuerkennen und die Absicht aufzugeben, diese Gebühr nicht länger als staatliche Unterstützung einzustufen zu wollen.“